

Januar 2019

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Die wichtigsten Ergebnisse	2
Datensicherheit im Internet bereitet vielen Bürgern Sorgen	3
Mehrheit der Bürger gibt so wenig persönliche Daten wie möglich im Internet an	4
Schutz vor Datenmissbrauch: regelmäßige Softwareupdates für viele selbstverständlich..	5
Digitalisierung: Mehrheit sieht gleichermaßen Chancen und Risiken	6
Politikerbewertung: Merkel weiter auf Platz Eins, AKK auf Platz zwei.....	7
Ansehen der Bundesregierung auf niedrigem Niveau stabil	8
Sonntagsfrage: Union verliert leicht, Grüne stabil	9
Positive Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage	10
Jeder Zweite sorgt sich vor Veränderungen in Deutschland.....	12

ARD – DeutschlandTREND Januar 2019

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Claudia Müller	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.005 Befragte Sonntagsfrage: 1.505 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	07. bis 08. Januar 2019 Sonntagsfrage: 07. bis 09. Januar 2019	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Die wichtigsten Ergebnisse

Nach der Veröffentlichung persönlicher Daten von Politikern und Prominenten durch einen 20jährigen Hacker aus Hessen, ist die Datensicherheit im Internet stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Sechs von zehn Internetnutzern (61 Prozent) machen sich mit Blick auf den Datenschutz sehr große oder große Sorgen. Ebenso viele (60 Prozent) verzichten lieber auf die Nutzung von Internetdiensten, wenn dies die Angabe persönlicher Daten voraussetzt. Gut jeder Dritte (37 Prozent) nimmt hierfür hingegen die Angabe persönlicher Daten in Kauf – bei Jüngeren sogar mehr als die Hälfte. Nur sehr wenige (3 Prozent) empfinden die Angabe persönlicher Daten im Internet als unproblematisch.

Immerhin 40 Prozent der Internetnutzer in Deutschland geben an, regelmäßig die Passwörter ihrer Online-Zugänge zu ändern, sehr viele (90 Prozent) öffnen nach eigenem Bekunden niemals E-Mail-Anhänge von unbekanntem Absendern. Fast ebenso viele (83 Prozent) installieren nach eigenen Angaben regelmäßig Software-Updates auf Computern und Smartphones.

In der zunehmenden Digitalisierung sieht jeder vierte Bundesbürger (25 Prozent) überwiegend Chancen, für 17 Prozent überwiegen die Risiken. Eine Mehrheit von 53 Prozent findet, dass sich Chancen und Risiken in etwa die Waage halten.

Nachdem die Bundesregierung Ende letzten Jahres Sympathiegewinne zu verzeichnen hatte, stagniert ihr Ansehen zu Jahresbeginn auf niedrigem Niveau. Aktuell ist ein gutes Drittel der Wahlberechtigten (35 Prozent) mit der Arbeit der Koalition sehr zufrieden bzw. zufrieden. Ähnlich wie bei der Bewertung der Regierungsarbeit stagniert auch in der Sonntagsfrage der Rückhalt für die Regierungsparteien. Die Union erhält derzeit 29 Prozent, ein leichtes Minus von 1 Punkt im Vergleich zu Anfang Dezember. Die SPD verbessert sich um 1 Punkt auf nun 15 Prozent. Zweitstärkste Kraft sind allerdings weiterhin die Grünen mit unverändert 20 Prozent. Für die AfD würden sich wie vor vier Wochen 14 Prozent entscheiden. Zulegen können sowohl die FDP als auch die Linke, die gleichauf mit jeweils 9 Prozent lägen.

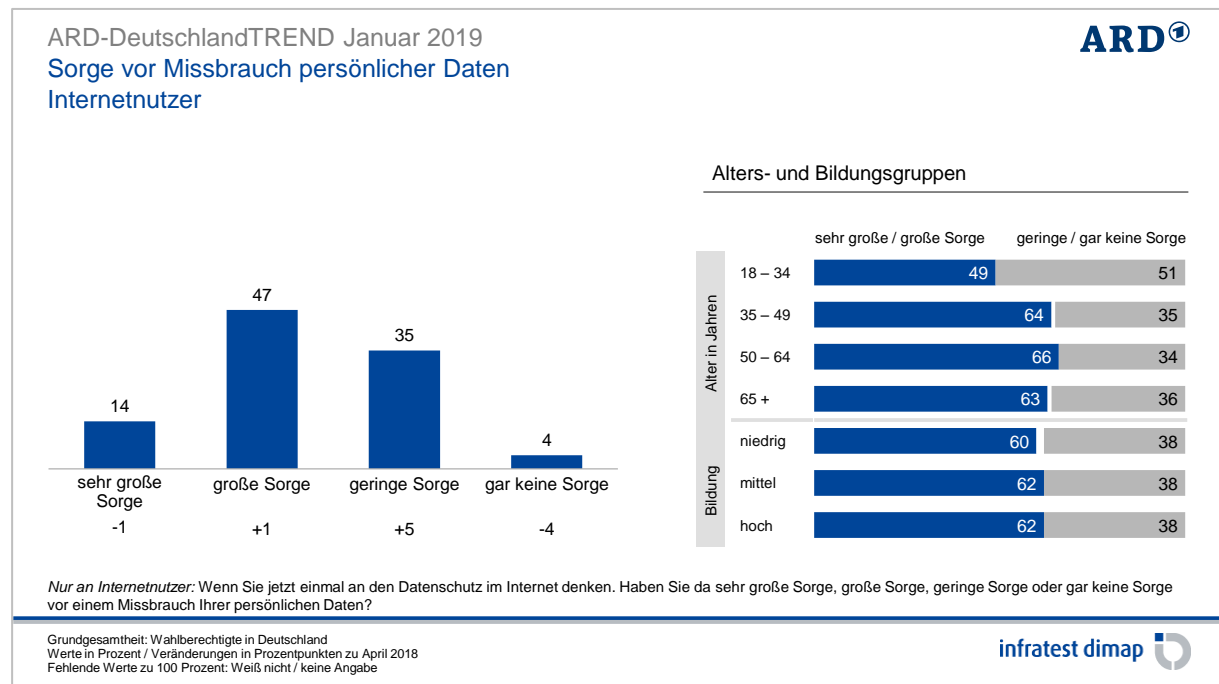
Die Rangliste der beliebtesten Politiker wird in diesem Monat von zwei CDU-Politikerinnen angeführt: Mit der Arbeit von Kanzlerin Angela Merkel sind aktuell 56 Prozent der Deutschen zufrieden. Annegret Kramp-Karrenbauer, zum ersten Mal als CDU-Vorsitzende abgefragt, erhält von 46 Prozent gute Noten. Sie liegt damit auf Platz 2 vor Finanzminister Olaf Scholz (43 Prozent), Wirtschaftsminister Peter Altmaier (42 Prozent) und Außenminister Heiko Maas (40 Prozent). Die SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles muss sich weiterhin mit ihrem zweitschlechtesten Wert im ARD-DeutschlandTREND zufrieden geben (25 Prozent).

Ein sehr großer Teil der Bundesbürger schätzt die persönliche wirtschaftliche Situation sehr positiv ein (78 Prozent). Gleichwohl haben viele Menschen Vorbehalte angesichts von kulturellen Veränderungen in Deutschland: jeder Zweite stimmt der Aussage zu, dass „Deutschland sich stärker verändert, als ich es gut finde“ (51 Prozent) und hat Sorge, dass „unsere Kultur in Deutschland nach und nach verloren geht“ (48 Prozent).

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

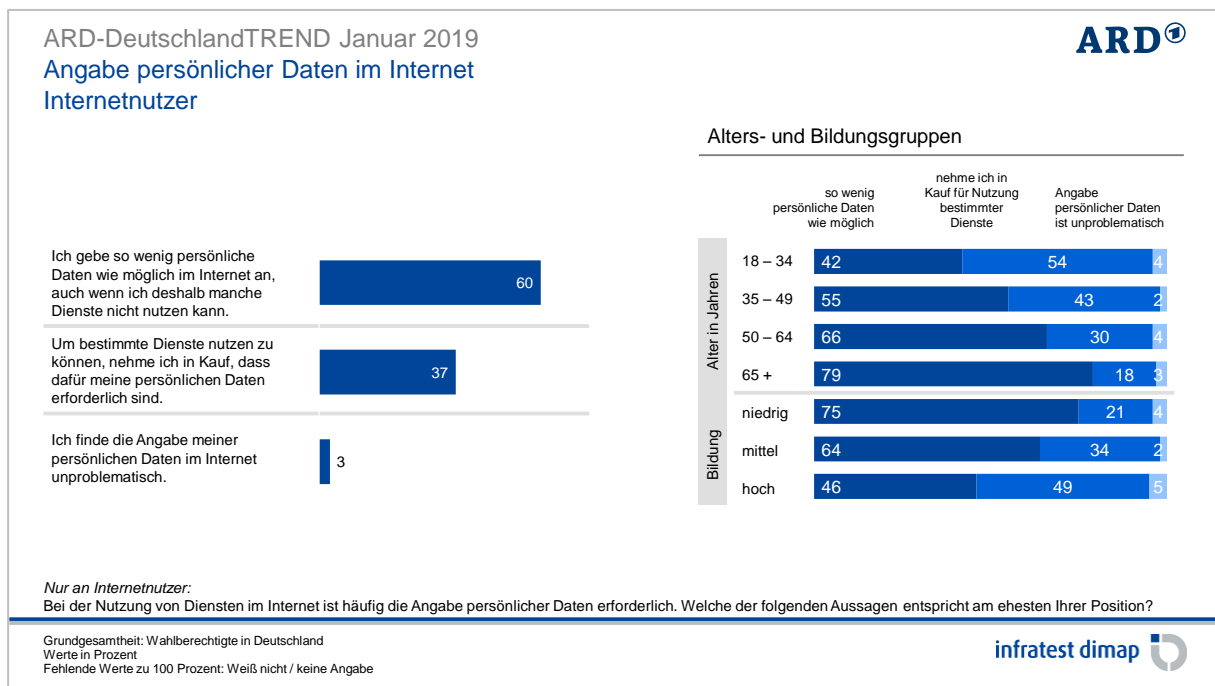
Datensicherheit im Internet bereitet vielen Bürgern Sorgen

Nicht erst seit dem jüngsten Hackerangriff, bei dem persönliche Daten vieler Politiker und anderer Prominenter veröffentlicht wurden, ist die Datensicherheit im Internet stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt und in der Bevölkerung gibt es ein entsprechendes Problembewusstsein. Gut sechs von zehn Internetnutzern (61 Prozent) machen sich mit Blick auf den Datenschutz sehr große (14 Prozent) oder große Sorgen (47 Prozent). Gut jeder Dritte (35 Prozent) sorgt sich hingegen eher wenig. Eine kleine Gruppe von 4 Prozent macht sich über einen möglichen Datenmissbrauch keine Gedanken.



Mehrheit der Bürger gibt so wenig persönliche Daten wie möglich im Internet an

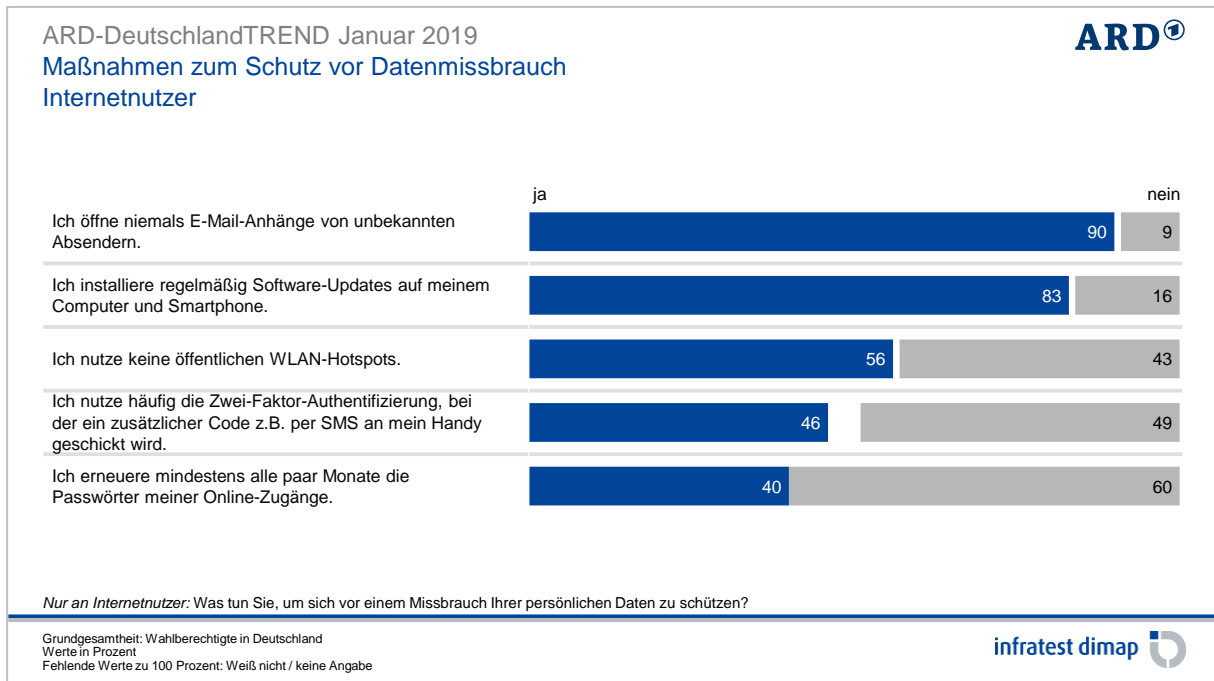
Bei der Nutzung vieler Dienste im Internet ist die Angabe persönlicher Daten erforderlich. Die Mehrzahl der Internetnutzer ist in diesem Punkt skeptisch. Sechs von zehn (60 Prozent) verzichten lieber auf die Nutzung bestimmter Dienste, wenn hierfür die Angabe persönlicher Daten Voraussetzung ist. Gut jeder Dritte (37 Prozent) nimmt hingegen in Kauf, dass persönliche Daten für die Nutzung bestimmter Dienste erforderlich sind. Nur sehr wenige (3 Prozent) empfinden die Angabe persönlicher Daten im Internet als unproblematisch.



Die Bereitschaft zur Angabe persönlicher Daten für einzelne Dienste ist bei jüngeren Internetnutzern deutlich größer. Unter den jüngeren Bürgern bis 34 Jahren nehmen 54 Prozent die Angabe persönlicher Daten in Kauf, um bestimmte Dienste nutzen zu können – bei den über 65jährigen sind es nur 18 Prozent.

Schutz vor Datenmissbrauch: regelmäßige Softwareupdates für viele selbstverständlich

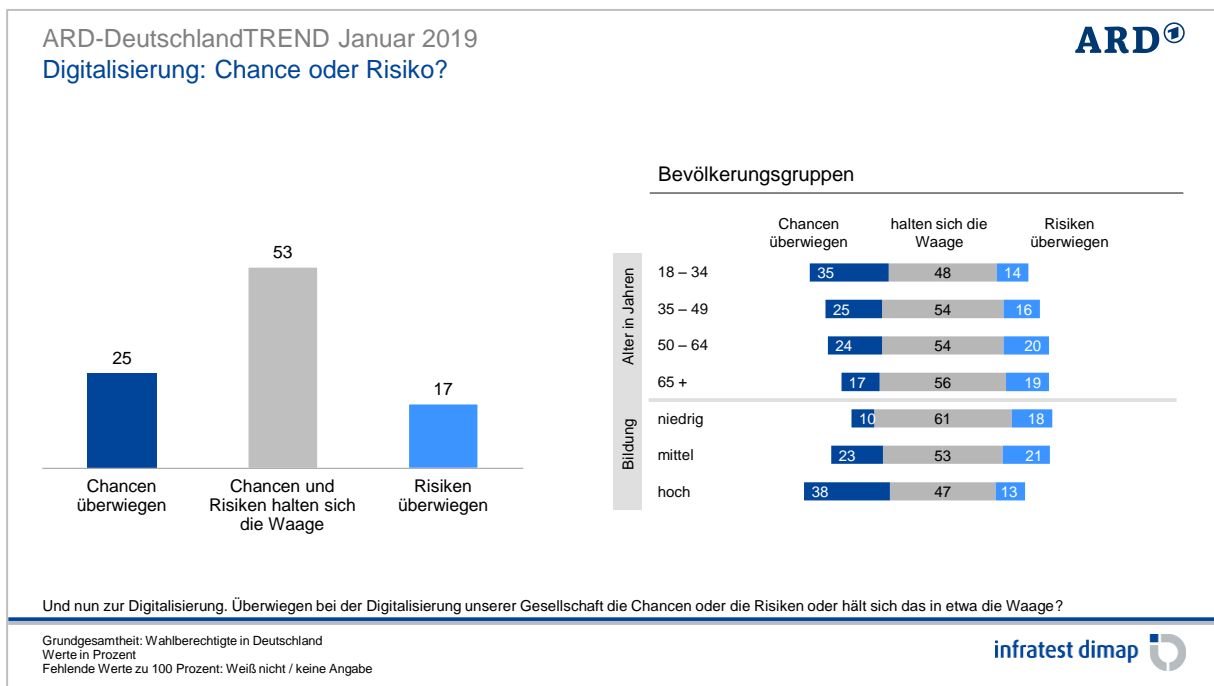
Im Zuge des aktuellen Hackerangriffs, sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, eigene Maßnahmen zur Erhöhung des Datenschutzes im Internet zu ergreifen. Dazu gehört zum Beispiel auch das regelmäßige Ändern von Passwörtern für Online-Zugänge. Immerhin 40 Prozent der Internetnutzer in Deutschland geben an, dies in bestimmten Zeitabständen zu tun. Fast alle Internetnutzer (90 Prozent) öffnen nach eigenem Bekunden niemals E-Mail-Anhänge von unbekanntem Absendern. Fast genauso häufig (83 Prozent) werden nach eigenen Angaben regelmäßig Software-Updates auf Computern und Smartphones installiert. Mehr als jeder zweite Internetnutzer (56 Prozent) geht nicht an öffentlichen WLAN-Hotspots ins Netz. Knapp die Hälfte (46 Prozent) gibt an, eine Zwei-Faktor-Authentifizierung zu nutzen, bei der z.B. ein zusätzlicher Zugangscode per SMS auf das eigene Handy geschickt wird.



Datenschutzaspekte beeinflussen das eigene Verhalten im Internet allerdings nur an einem Punkt wesentlich: Die Bürger, die sich vor Datenmissbrauch sorgen, verzichten mehrheitlich auf die Nutzung öffentlicher WLAN-Hotspots.

Digitalisierung: Mehrheit sieht gleichermaßen Chancen und Risiken

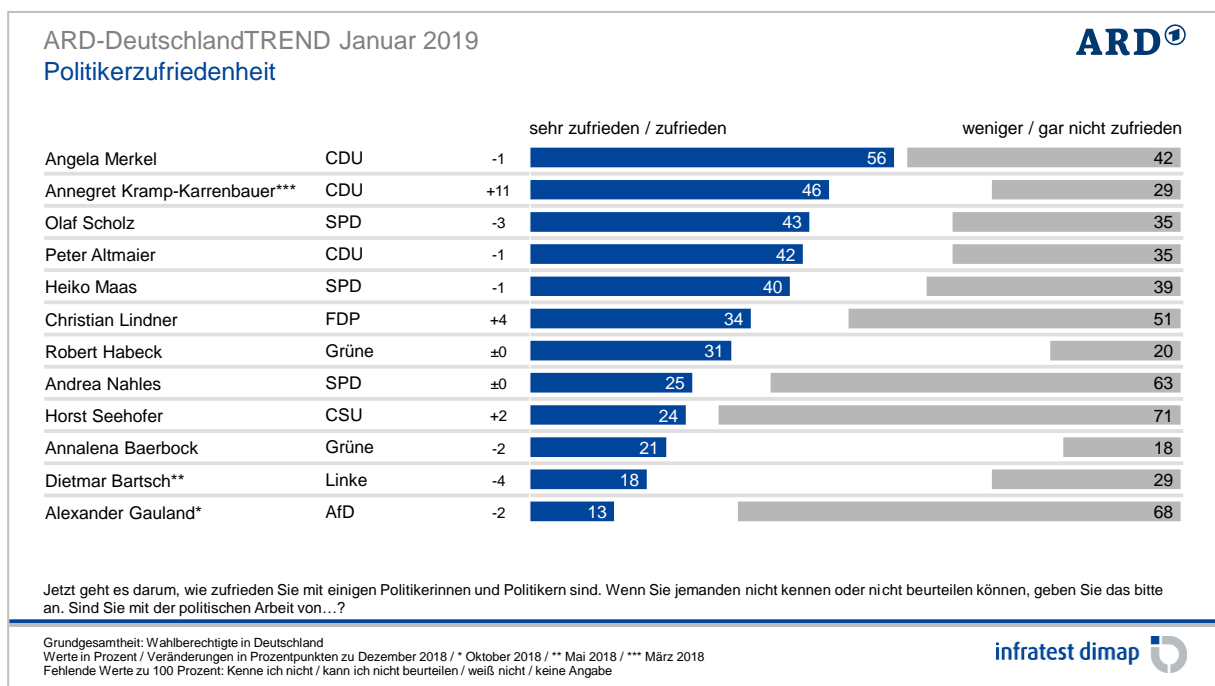
Die Digitalisierung aller Lebensbereiche ist seit längerem ein großes Thema, über das in Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert wird. Von den Befürwortern einer zunehmenden Digitalisierung werden dabei vor allem die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und wirtschaftliche Aspekte angeführt. Jeder vierte Bundesbürger (25 Prozent) sieht in der Digitalisierung überwiegend Chancen, für 17 Prozent überwiegen die Risiken. Eine Mehrheit von 53 Prozent findet, dass sich Chancen und Risiken in etwa die Waage halten.



Zuversichtlicher sind jüngere Bürger bis 34 Jahre (35 Prozent), ebenso wie Personen mit formal höherer Bildung (38 Prozent). Aber auch in diesen Bevölkerungsgruppen überwiegt der Anteil derer, die sowohl Vor- als auch Nachteile in der Digitalisierung sehen.

Politikerbewertung: Merkel weiter auf Platz Eins, AKK auf Platz zwei

Die amtierende Bundeskanzlerin ist auch in diesem Monat die mit Abstand beliebteste Politikerin in Deutschland. Aktuell sind ähnlich wie im Vormonat 56 Prozent mit Angela **Merkels** Arbeit sehr zufrieden bzw. zufrieden. Annegret **Kramp-Karrenbauer**, die im Dezember zur neuen CDU-Vorsitzenden gewählt wurde, sprechen 46 Prozent der Bürger das Vertrauen aus. Sie führt damit das Mittelfeld an und legt im Vergleich zu ihrer letzten Messung noch als Generalsekretärin vor knapp einem Jahr deutlich zu (+11 Punkte). Ihr folgt SPD-Finanzminister Olaf **Scholz** (43 Prozent, -3), CDU-Wirtschaftsminister Peter **Altmaier** (42 Prozent, -1) und der sozialdemokratische Außenminister Heiko **Maas** (40 Prozent, -1).

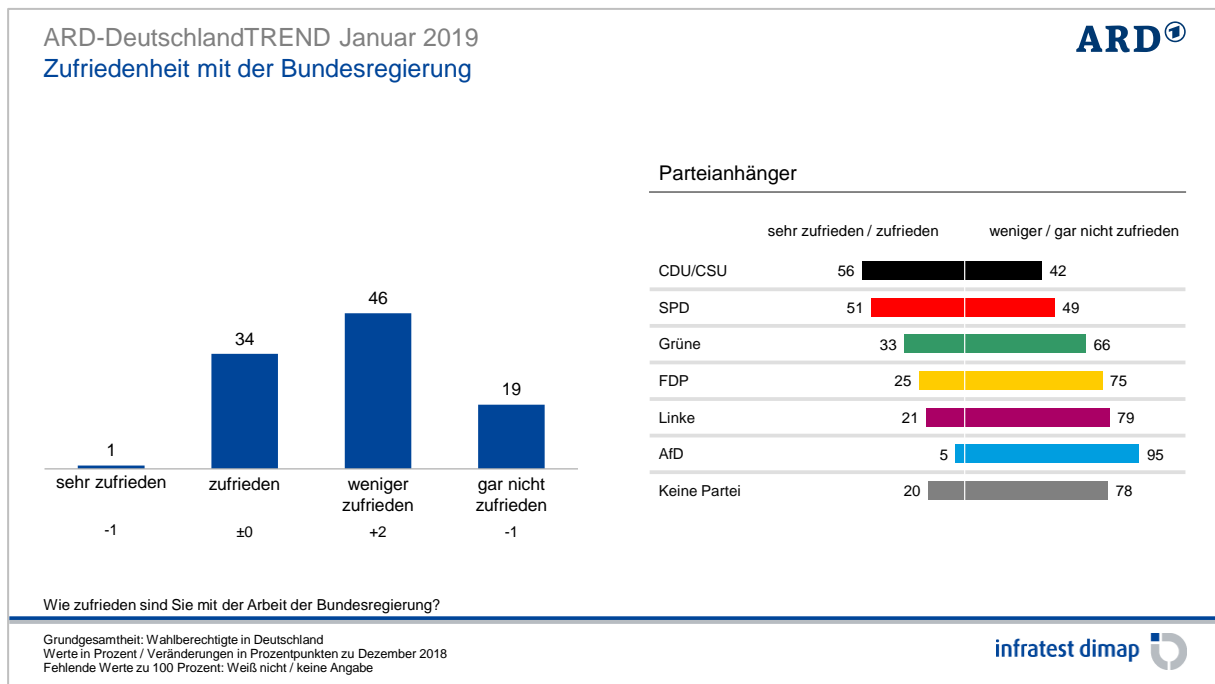


Die SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea **Nahles** muss sich weiterhin mit ihrem zweitschlechtesten Wert im ARD-DeutschlandTREND zufrieden geben (25 Prozent, +/-0). Knapp zwei Drittel sehen ihr politisches Wirken kritisch. Auch unter den eigenen Anhängern ist Nahles nicht unumstritten (40:43 Prozent). CSU-Innenminister Horst **Seehofer** verbessert sich leicht auf 24 Prozent (+2). Er ist aber auch in diesem Monat der Politiker, der die meiste Kritik auf sich zieht (71 Prozent). Und auch in der Unions-Anhängerschaft überwiegen die kritischen Stimmen deutlich (30:68 Prozent).

Beliebtester Oppositionspolitiker ist aktuell der FDP-Partei- und Fraktionsvorsitzende Christian **Lindner**, mit dessen politischer Arbeit ein Drittel der Deutschen zufrieden ist (34 Prozent, +4). Knapp dahinter folgt der Grünen-Parteivorsitzende Robert **Habeck** mit unverändert 31 Prozent Zustimmung. Seine Kollegin im Parteivorsitz, Annalena **Baerbock**, erhält von 21 Prozent (-2) gute Noten. Beide weisen große Bekanntheitsdefizite auf. Gleiches gilt auch für den Fraktionsvorsitzenden der Linken, Dietmar **Bartsch**, über den ein knappes Fünftel wohlwollend urteilt (18 Prozent). Bei ihm überwiegt jedoch die Kritik. Den geringsten Zuspruch aller in diesem Monat abgefragten Politiker erfährt der AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Alexander **Gauland**, über dessen politisches Wirken sich lediglich 13 Prozent positiv äußern – zwei Drittel sind unzufrieden.

Ansehen der Bundesregierung auf niedrigem Niveau stabil

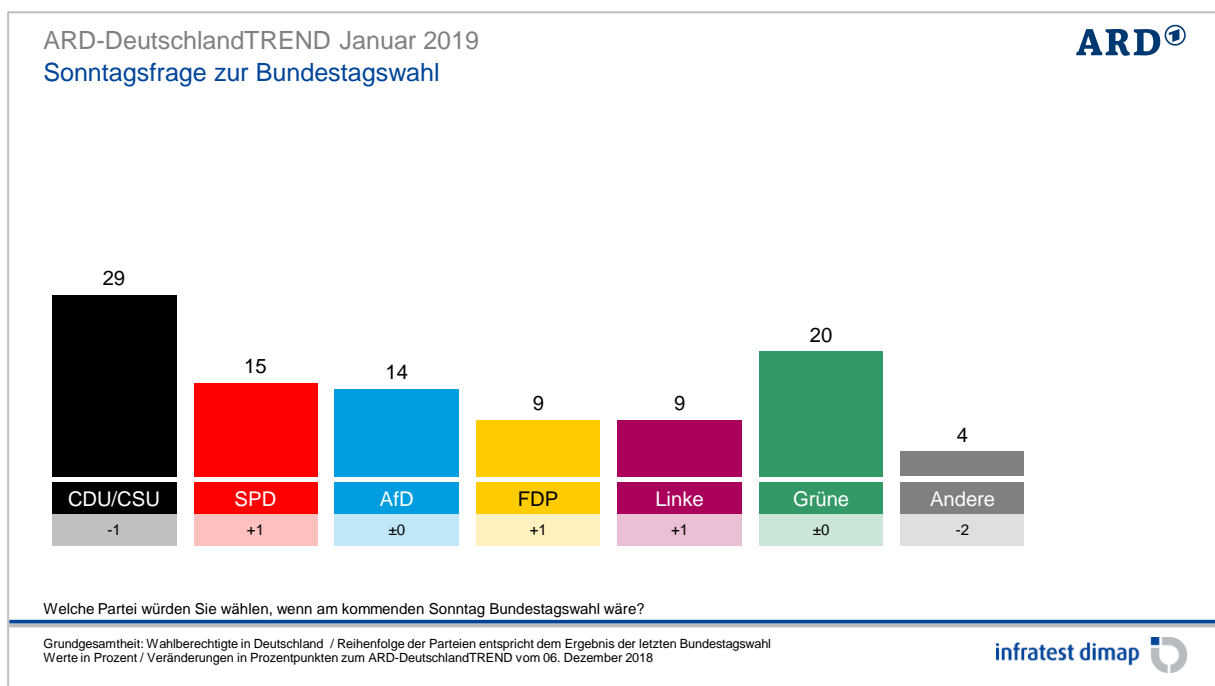
Nachdem die Bundesregierung Ende letzten Jahres Sympathiegewinne zu verzeichnen hatte, stagniert ihr Ansehen zu Jahresbeginn auf niedrigem Niveau. Aktuell ist ein gutes Drittel der Wahlberechtigten mit der Arbeit der Koalition sehr zufrieden (1 Prozent) bzw. zufrieden (34 Prozent). Demgegenüber ist eine deutliche Mehrheit weniger (46 Prozent) bzw. gar nicht zufrieden (19 Prozent) mit der Koalition.

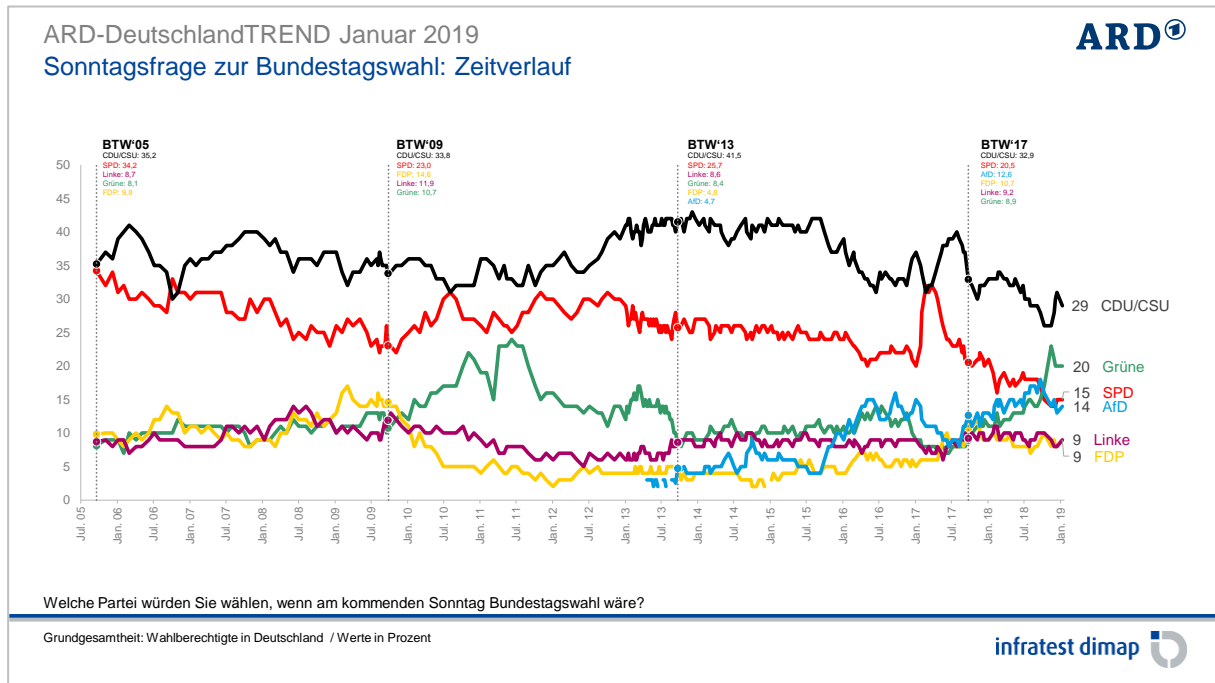


In der Unions-Anhängerschaft überwiegt weiterhin die positive Bewertung der Bundesregierung, während die SPD-Anhängerschaft in ihrem Urteil gespalten ist. Groß ist die Unzufriedenheit bei Anhängern der FDP, der Linken und vor allem der AfD, aber auch bei Befragten ohne aktuelle Parteipräferenz.

Sonntagsfrage: Union verliert leicht, Grüne stabil

Ähnlich wie bei der Bewertung der Regierungsarbeit stagniert auch in der politischen Stimmung der Rückhalt für die Regierungsparteien. CDU/CSU und SPD erreichen wie im Vormonat zusammen einen Wähleranteil von 44 Prozent und hätten damit weiterhin keine Mehrheit. Die Union könnte derzeit mit 29 Prozent rechnen, ein leichtes Minus von 1 Punkt im Vergleich zu Anfang Dezember. Die SPD verbessert sich um 1 Punkt auf nun 15 Prozent. Zweitstärkste Kraft sind weiterhin die Grünen mit unverändert 20 Prozent. Für die AfD würden sich wie vor vier Wochen 14 Prozent entscheiden. Zulegen können sowohl die FDP als auch die Linke, die mit jeweils 9 Prozent (jeweils +1) gleichauf lägen. Alle anderen Parteien könnten zusammen genommen 4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.



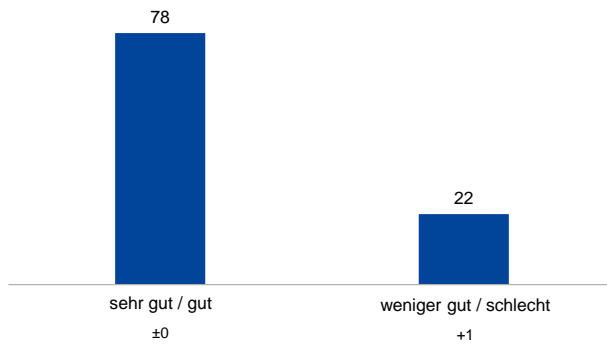


Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

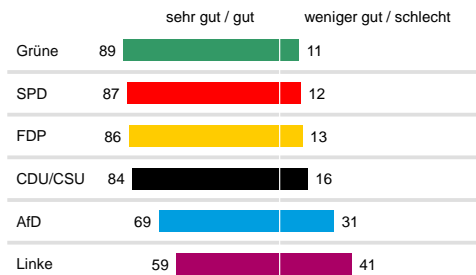
Positive Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage

Ein großer Teil der Bundesbürger bewertet die persönliche wirtschaftliche Situation sehr positiv ein. Rund acht von zehn (78 Prozent) empfinden die eigene finanzielle Lage als sehr gut (11 Prozent) oder gut (67 Prozent). Lediglich jeder Sechste (22 Prozent) stuft die eigene Situation als weniger gut oder schlecht ein.

ARD-DeutschlandTREND Januar 2019
Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage



Parteianhänger



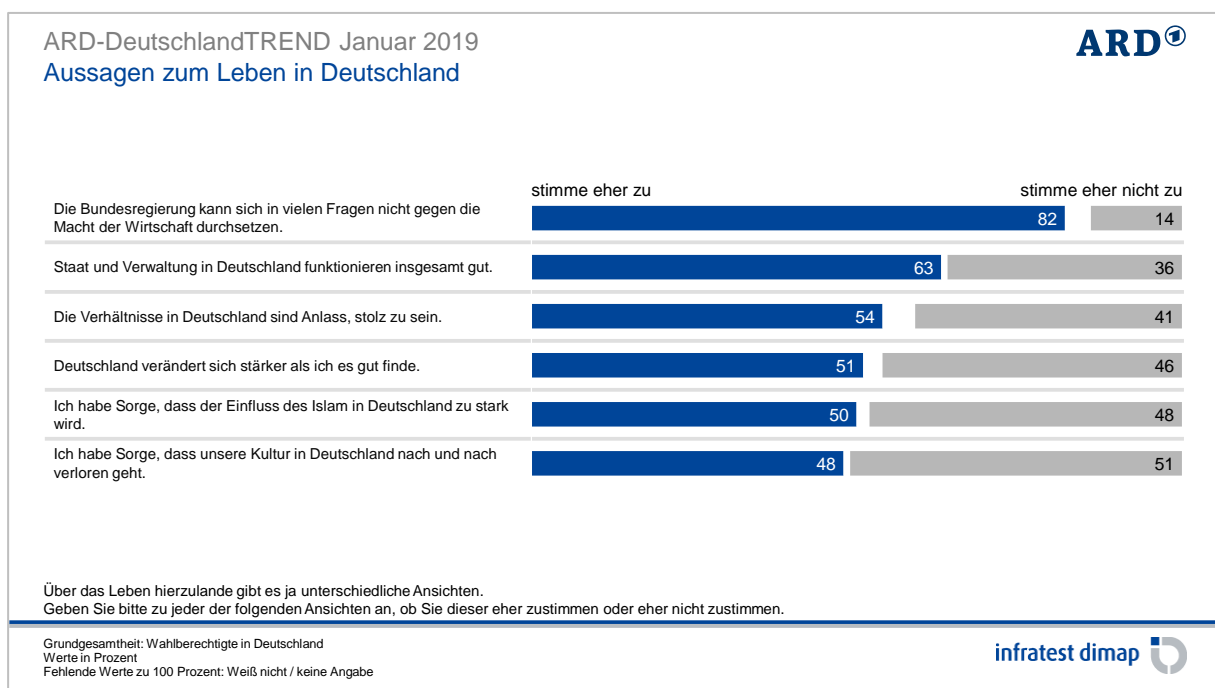
Wenn Sie an Ihre eigene wirtschaftliche Situation denken, ist Ihre persönliche wirtschaftliche Situation...?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu September 2017
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

Trotz der insgesamt sehr guten Einschätzung gibt es eine Reihe von Bevölkerungsgruppen, in denen häufiger die persönliche ökonomische Lage kritisch gesehen wird. Dies sind neben den Bürgern in den östlichen Bundesländern, Wahlberechtigte mit niedrigem Bildungsabschluss, Arbeiter sowie Anhänger der AfD und vor allem der Linkspartei. Gleichwohl überwiegen auch in diesen Gruppen die wirtschaftliche Zufriedenheit deutlich.

Jeder Zweite sorgt sich vor Veränderungen in Deutschland

Auch wenn eine große Mehrheit der Deutschen ihre eigene materielle Situation positiv einschätzt, haben viele Menschen Vorbehalte angesichts von kulturellen Veränderungen in Deutschland: jeder Zweite stimmt der Aussage zu, dass „Deutschland sich stärker verändert, als ich es gut finde“ (51 Prozent). Diese Skepsis ist bei AfD-Anhängern besonders stark verbreitet, aber auch knapp die Hälfte der Anhängerschaften von Union, FDP und Linke sind dieser Meinung. Ebenfalls die Hälfte sorgt sich, dass „unsere Kultur in Deutschland nach und nach verloren geht“ (48 Prozent) und dass der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird (50 Prozent). Trotzdem sind 54 Prozent der Meinung, dass die Verhältnisse in Deutschland Anlass sind, stolz zu sein – 41 Prozent vertreten die gegenteilige Auffassung.



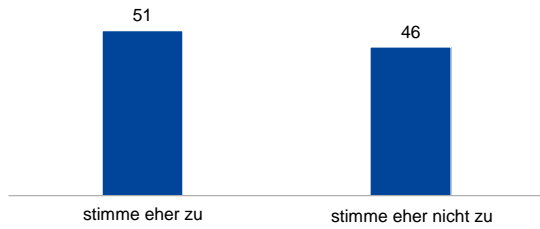
Zwei Drittel (63 Prozent) finden, dass Staat und Verwaltung hierzulande insgesamt gut funktionieren. Allerdings sind 82 Prozent der Auffassung, dass sich die Bundesregierung in vielen Fragen nicht gegen die Macht der Wirtschaft durchsetzen kann.

ARD-DeutschlandTREND Januar 2019

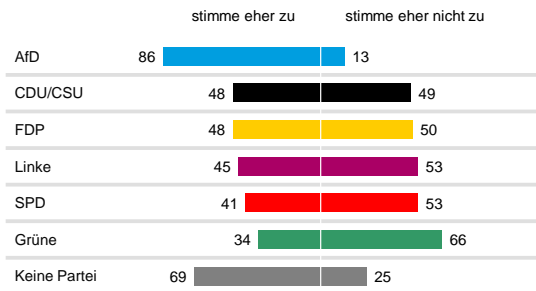
ARD ¹

Aussagen zum Leben in Deutschland

Deutschland verändert sich stärker als ich es gut finde.



Parteihänger



Über das Leben hierzulande gibt es ja unterschiedliche Ansichten.
Geben Sie bitte zu jeder der folgenden Ansichten an, ob Sie dieser eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

--
Michael Kunert / Reinhard Schlinkert